

Haushaltsrede der CDU/FWV-Fraktion, vorgetragen von Andreas Winkle in der Gemeinderatssitzung am 17. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mößner,
verehrte Amtsleiterinnen und Amtsleiter
werte Kolleginnen und Kollegen,
geschätzte Vertreterinnen der Presse,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wie im letzten Jahr schon angemahnt, ist die Zeit von der Einbringung des Haushaltes, wie in diesem Jahr am 3. Dezember bis zur heutigen Beschlussfassung sehr knapp bemessen. Zwischen Einbringung und Verabschiedung des Haushaltes, sollte mindestens eine weitere Gemeinderatssitzung eingeplant werden, damit Rückfragen und Anträge in einer angemessenen Zeit möglich sind. Die intensive Durchsicht des Planwerkes in der Fraktion, stellt sich sonst vor Weihnachten - gerade in Zeiten wie diesen - als besonders schwierig heraus. Wir bitten die Verwaltung, den neuen Haushalt im Jahre 2021 rechtzeitig einzubringen, damit dieser im Gesamtgremium im Vorfeld ausführlich durchgearbeitet werden kann.

Blickt man auf das Jahr 2020 zurück, ist dies ein Ausnahmejahr, wie wir es alle noch nicht erlebt haben. Die Gesellschaft für deutsche Sprache e.V. hat hier treffend das Wort „Corona-Pandemie“ gekürt, das uns politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich geprägt hat. Passend dazu wurde vom Langenscheidt-Verlag ein Online-Voting initiiert für das Jugendwort 2020. Rund die Hälfte der mehr als eine Million abgegebenen Stimmen, fielen auf das Jugendwort „Lost“ für das Jahr 2020. War es für die Jugend ein verlorenes Jahr? Vielmehr beschreibt dieses Wort jemanden, der ahnungslos, unsicher oder unentschlossen ist. Ich denke, gerade in einer Zeit wie dieser, ist es wichtig, der jungen Generation eine Perspektive und einen Kompass mit an die Hand zu geben, in denen Sie ihre Ziele verfolgen. Die junge Generation ist unsere Zukunft und es muss ihr vermittelt werden, dass jeder von ihnen in unserer Gesellschaft benötigt und seinen Platz finden wird.

Der ifo Geschäftsklimaindex spiegelt die aktuelle wirtschaftliche Situation sehr gut wider. Mit einem Indexwert von 75,4 im April dieses Jahres, liegen wir hier noch unter dem Wert der Finanzkrise im Jahre 2008 mit einem Tiefststand von 79,9 im März 2009.

Die Volkswirtschaft ist in der ersten Hälfte des Jahres 2020 so stark eingebrochen, wie seit der Nachkriegszeit nicht mehr. Das von der Regierung im Juni beschlossene Konjunkturpaket in Höhe von 167,3 Milliarden Euro, soll die Volkswirtschaft wieder ins Laufen bringen. Unsere Staatsverschuldung wächst dadurch auf einen neuen Rekordwert von rund 2.251 Milliarden Euro, dies bedeutet eine pro Kopf Verschuldung von 27.017,- Euro und eine Schuldenzunahme von 10.424,- Euro pro Sekunde.

Im europäischen Vergleich liegen wir hier an dritter Stelle, hinter Frankreich mit 2.638 Milliarden Euro und Italien mit 2.530 Milliarden Euro. Großbritannien liegt dicht hinter Deutschland mit einer Verschuldung von 2.269 Milliarden Euro.

Unser städtischer Haushalt weist im Ergebnishaushalt für das Jahr 2021, Erträge in Höhe von 33.357.200,- Euro aus, damit liegen wir hier fast auf Höhe des Jahres 2019.

Wir werden das Jahr voraussichtlich mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 233.100,- Euro abschließen. Hinzu kommt ein Sonderergebnis in Höhe von 200.000,- Euro was dann in Summe zu einem veranschlagten Gesamtergebnis in Höhe von -33.100,- Euro führt.

Bei einem Haushalt von über 33 Millionen Euro könnt man bei diesem Ergebnis auch von einer roten Null sprechen. Vergleicht man das Ergebnis mit dem laufenden Jahr 2020 mit einem Planergebnis in Höhe von -1.368.000,- Euro, haben wir für den kommenden Haushalt eine signifikante Verbesserung. Diese Verbesserung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier die niedrige Steuerkraft im Basisjahr 2019 herangezogen wird, was sich in einer deutlich höheren Zuwendung nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) bemerkbar macht. Mit einer Zuweisung über die Kommunale Investitionszuschüsse (KIP) liegen wir hier für das Jahr 2021 mit 9.835.000,- Euro, ca. 1,3 Millionen Euro über dem Planwert für das Jahr 2020. Eine weitere Verbesserung ergibt sich auf der Ausgabenseite durch geringere Umlagezahlungen, in Summe haben wir hier eine Verbesserung in Höhe von 2.593.040,- Euro im Vergleich zum Jahr 2020.

Mit einem Zahlungsmittelüberschuss von 1,883 Millionen Euro, sind wir im Ergebnishaushalt sogar deutlich über dem des laufenden Jahres, mit einer Höhe von 635.300,- Euro. Erfreulich ist, dass wir auch Schulden in Höhe von 633.300,- Euro abbauen können und somit eine Netto-Investitionsrate von 1,2 Millionen Euro ausweisen können.

Mit einem Schuldenstand von rund 5,5 Millionen Euro zum 31. Dezember 2021, haben wir eine Pro-Kopf-Verschuldung von 391,- Euro/Einwohner.

Im Finanzhaushalt für das Jahr 2021 werden die Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten deutlich auf 12.089.500,- Euro ansteigen und liegen somit rund 1,5 Millionen Euro über dem des laufenden Jahres. Dem gegenüber stehen Einzahlungen in Höhe von 6.056.500,- Euro, diese liegen rund 2 Millionen Euro über dem des Jahres 2020.

Betrachtet man unsere Abschreibungen für das Jahr 2021 in Höhe von 3.045.100,- Euro, wird einem schnell klar, dass die Stadt Murrhardt von der Substanz leben, da wir unsere Ausgaben nicht mehr erwirtschaften können.

Als besonders finanzschwache Stadt mit mangelnder Steuerkraft, fallen wir unter die sogenannten Sockelgarantiegemeinden, da unsere Steuerkraftmesszahl weniger als 60% der Bedarfsmesszahl beträgt.

Im noch laufenden Haushaltsjahr wurden viele Maßnahmen verschoben, da mit erheblichen Mindereinnahmen durch die Corona-Pandemie gerechnet wurde. Diese aufgeschobenen Maßnahmen entlasten aber nur kurzfristig unseren Finanzhaushalt und werden uns in den nächsten Jahren noch stärker belasten, insbesondere im Haushaltsjahr 2021 sind große Projekte zu schultern. Die dringende Sanierung des Flachdaches an der Hörschbachschule, die Flachdachsanierung an der Gemeindehalle in Fornsbach und die Sanierung der Stadthalle sind wichtige Instandhaltungsmaßnahmen, die sich nicht ewig nach hinten verschieben lassen.

Eine wichtige Einnahmequelle in unserem Haushalt, ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, nach einem Höchststand im Jahre 2020 in Höhe von rund 7,2 Millionen Euro, wird sich diese voraussichtlich im Jahr 2021 um rund 300.000,- Euro reduzieren.

Auch unsere Gewerbesteuer wird sich in Folge der Corona-Pandemie und grundlegenden Veränderungen in der Wirtschaft weiter reduzieren. Nach Rekorderlösen in den Jahren 2017 in Höhe von 5,2 Millionen Euro und 2018 in Höhe von rund 7,2 Millionen Euro, sind für das Wirtschaftsjahr 2021 nur noch Einnahmen in Höhe von 4 Millionen Euro geplant. Eine weitere Konstante sind die Einnahmen durch die Grundsteuer. In den letzten Jahren konnte hier auf der Einnahmenseite jeweils rund 2 Millionen Euro verbucht werden.

Mit unseren Hebesätzen liegen wir hier mit 380 v. H. im Durchschnitt des Rems-Murr-Kreises. Schaut man in das Haushaltsjahr 2022, wird es schwierig werden, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Eine Anpassung der Hebesätze wird hier durch die Verwaltung nicht ausgeschlossen.

Für die CDU/FWV-Fraktion war es schon immer wichtig, zuerst die Einnahmesituation zu verbessern, bevor wir unsere Hebesätze nach oben anpassen.

Insbesondere bei den Grundstücksverkäufen sehen wir noch Potentiale, wir möchten deshalb die schnellstmögliche Erschließung des Bebauungsgebietes Siegelsberg-Ost vorantreiben, so wie dies im Haushaltsplan vorgesehen ist. Der gestiegenen Nachfrage nach Wohnbauflächen müssen wir gerecht werden und möglichst noch im Jahre 2021 in die Vermarktung der Grundstücke kommen. Ein weiteres Großprojekt, welches wir mit der Kreisbau an der Siebenkniestraße verwirkliche möchten, muss mit Nachdruck weiterverfolgt werden. Die Planung sieht hier 7 Wohngebäude mit rund 50 Wohnungen vor. Dem Bedarf nach kostengünstigen Wohnungen mit unterschiedlichen Flächenzuschnitten, gerade auch für junge Familien, kann hier sehr gut nachgekommen werden.

Im Kernstadtgebiet sind die Wohnbauflächen sehr knapp geworden, hier muss das Augenmerk auf eine verträgliche Nachverdichtung gerichtet werden.

Im Baugebiet Brunnen II in Fornsbach, hoffen wir auf eine schnelle Realisierung von weiterem Wohnraum. Wir haben hier einen attraktiven Standort, der sich durch eine gute Infrastruktur auszeichnet.

Durch eine sehr gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, sehen wir in Murrhardt sehr gute Chancen für die weitere Vermarktung von Wohnbauflächen.

Gerade in den letzten zwei Jahren, ist im Rems-Murr-Kreis eine überproportionale Zunahme an Grundstücksverkäufen zu beobachten. In den Jahren 2018 bis 2019 ist hier eine Steigerung von 27,6% zu verzeichnen, zum Vergleich beträgt die Steigerung im Land lediglich + 7,9%.

Auf der Ausgabenseite weisen wir im Personalbereich den größten Kostenblock aus.

Mit einer Steigerung von rund 700.000,- Euro gegenüber dem Vorjahr, erreichen wir einen neuen Höchstwert von 9.541.240,- Euro. Der höhere Bedarf resultiert nicht nur aus der zusätzlichen Kinderbetreuung und den Lohnsteigerungen, sondern auch durch einen zusätzlichen Stellenbedarf im Bereich der IT. Wir sehen den Bedarf, gerade was die IT angeht für gerechtfertigt, da nicht nur der Betreuungsaufwand an den Schulen zunehmen wird, sondern auch in der Verwaltung die Digitalisierung weiter vorangetrieben werden muss. Die CDU/FWV-Fraktion fordert hier ein Konzept, wie die Verwaltung in den nächsten Jahren digitaler werden kann. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten heute von einer modernen Verwaltung ein breites Angebot, in dem verschiedene Dienstleistungen online abgerufen werden können. Gerade in diesem Jahr, wurde uns vor Augen geführt, dass digitale Dienstleistungen, Homeschooling und Homeoffice mehr den je gefragt sind und auch nach der Pandemiezeit weiter gefragt sein werden. Ein schleichender Kostentreiber bei den Personalkosten sind unter anderem die Zunahme von gesetzlichen Vorgaben, die mit einem immer höheren Personalbedarf erfüllt werden müssen. Als Beispiele sind hier zu erwähnen, die vielfältige Art der Kinderbetreuung, umfangreiche Berechnungen wie die gesplittete Abwassergebühr, erhöhter Dokumentationsaufwand, aufwändige Gutachten oder auch lange Genehmigungsverfahren. Ein vollständiger Kostenausgleich wird hier von staatlicher Seite leider nicht gewährt oder in manchen Bereichen nur temporär gefördert.

Wir erhoffen uns eine rasche Einführung unseres digitalen Ratsinformationssystem. Nachdem die zusätzliche Infrastruktur installiert worden ist, sollte einer Einführung noch im ersten Quartal 2021 nichts mehr im Wege stehen.

Im Jahre 2021 haben wir ein großes Investitionsprogramm zu bewältigen, welches uns finanziell stark fordern wird. Eine der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen –

man kann schon sagen der letzten Jahrzehnte - ist zweifelsohne der Ausbau des photonischen Netzes auf unserer Gemarkung. Bei dem interkommunalen Projekt erhalten wir eine Förderung von Bund und Land in Höhe von 90% der Gesamtkosten. Ohne diese Förderung wären die Ausgaben in Höhe von rund 10,5 Millionen Euro in unserem Haushalt nicht darstellbar. Das langjährige Procedere von der Antragstellung bis zur Bewilligung der Fördergelder hat sich letztendlich gelohnt, unser Dank gilt hier den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die hier federführend die interkommunalen Anträge gestellt haben.

Wir hoffen, dass der Ausführungszeitraum bis zum Jahre 2024 eingehalten werden kann. und wir bald in den Genuss einer schnellen Datenleitung kommen werden.

Ein weiteres Großprojekt wird das Pumpwerk und die Sanierung des Regenüberlaufbeckens in der Wiesenstraße sein, besser bekannt unter dem schlichten Kürzel „RÜB 24“. Dieses wichtige Projekt für den innerörtlichen Hochwasserschutz, wurde schon seit vielen Jahren im Haushalt geschoben. Die nun bewilligten üppige Landesförderung in Höhe von 48% kommt uns bei einem Investitionsvolumen von 2,86 Millionen Euro sehr entgegen.

Nachdem nun die Fördermittel aus dem Sportstättenförderprogramm als auch aus dem Ausgleichsstock in einer Gesamthöhe von 1.352.000,- Euro bewilligt worden sind, kann im nächsten Jahr mit dem Ersatzneubau der Walterichturnhalle begonnen werden. Mit einem Gesamtvolumen von rund 4,1 Millionen Euro steht dem Schul- und Vereinssport zukünftig eine zweckmäßige und moderne Sporthalle zur Verfügung.

Ein weiterer Ausgabeschwerpunkt wird die Erschließung des Baugebietes Siegelsberg-Ost sein, im Haushaltsjahr 2021 sind hier 1,1 Millionen Euro vorgesehen.

Für unserer Schulen sind an der Walterichschule 180.000,- Euro zur Sanierung von Klassenzimmern und Fluren und am Heinrich-von-Zügel-Gymnasium 900.000,- Euro für die Fassaden- und Dachsanierung eingeplant.

Auch unsere Schulen werden digitaler, im Zuge der Umsetzung des Digitalpaktes für alle Schulen werden hier im nächsten Jahr rund 480.000,- Euro investiert, diese Summe wird vom Bund mit 80% gefördert.

Wie von uns in der letzten Gemeinderatssitzung schon gefordert, möchten wir eine rasche Umsetzung der energetischen Sanierung unserer Straßenbeleuchtung mit LED-Technik.

Durch die Stromeinsparung ist eine schnelle Amortisation der Umrüstkosten gewährleistet und wir können damit einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Bei unseren Stadtwerken sehen wir in den nächsten Jahren noch Optimierungsbedarf in der Sparte der Wärmeversorgung. Es muss gelingen, weitere Abnehmer für unsere nachhaltig erzeugte Nahwärme zu gewinnen und damit die Rentabilität unserer vier Holzheizwerke zu erhöhen.

Zum Schluss möchten wir uns von der CDU/FWV-Fraktion, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung und der Stadtwerke bedanken, besonders auch bei unserem Kämmerer Herrn Matthias Glassl und seinem Team für die Ausarbeitung des Zahlenwerkes. Sie alle haben dazu beigetragen, dass unsere kommunalen Aufgaben, Tag für Tag für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt - auch in diesem durch die Corona-Pandemie geprägten Jahr - gut bewältigt wurden.

Versäumen möchte ich es auch nicht, mich bei den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat für die angenehme und konstruktive Zusammenarbeit zu bedanken.

Die CDU/FWV-Fraktion stimmt dem vorliegenden Haushaltsplan für das Jahr 2021 einstimmig zu.

Schließen möchte ich mit einem Zitat unseres ehemaligen Bundeskanzlers und Wirtschaftswissenschaftlers Ludwig Erhard.

Solche 'Wohltat' muss das Volk immer teuer bezahlen, weil kein Staat seinen Bürgern mehr geben kann, als er ihnen vorher abgenommen hat - und das auch noch abzüglich der Kosten einer zwangsläufig immer mehr zum Selbstzweck ausartenden Sozialbürokratie.